

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Verlagspreis Nr. 123.

Verlagspreis Nr. 123.

Erste Ausgabe
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2 M. — 4 vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1 M. 80 G.



Insertionspreis
der 6-spaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 G.
außerhalbiger Preis 15 G. — Reklamenpreis 30 G.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2759a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 121

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Donnerstag den 17. Oktober 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

Deutscher Tagesbericht

W.T.B. Großes Hauptquartier, 16. Okt. (Amtlich)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort. Der Hauptstoß richtete sich auf Thorhout und gegen die Bahn Hegem-Cortil. Auch gegen die übrige Kampffront führte der Feind vielfach durch Panzerwagen unterstützte heftige Angriffe. An einzelnen Stellen haben unsere Truppen ihre Linien behauptet; an anderen Stellen wichen sie kämpfend aus und wehrten den Feind an rückwärtigen Stützpunkten vielfach durch Gegenstoß ab. Auf dem nördlichen Angriffsfeld blieb Thorhout in unserer Hand. Versuche des Feindes, zwischen Werken und Thorhout in nördlicher Richtung vorzustoßen, wurden in unserer Linie durch Truppen der 38. Landwehrdivision verhindert. Südlich von Thorhout haben wir die Linie Lichterwede-Hegem gehalten. Südlich von Hegem gelang es dem Gegner, über die Bahn Hegem-Cortil hinaus vorzudringen; östlich der Bahn brachten wir ihn zum Stehen. Westlich und südwestlich von alle sehten wir unsere Linien etwas vom Feinde ab.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Zwischen Bohain und der Oise griff der Feind erneut nach starker Artilleriewirkung an. Nördlich der Straße Bohain-Aisoville hielten wir ihn durch unser Feuer nieder. Aisoville wurde nach heftigem Kampf gegen den beiderseits des Ortes und gegen den Ort selbst mit starken Kräften mehrfach anstürmenden Gegner gehalten. Auch der nördlich der Oise vorbereitende feindliche Angriff scheiterte vor unseren Linien. Die seit Wochen ununterbrochen im Kampfe stehende 6. bayerische Infanterie-Division zeichnete sich wiederum besonders aus. Kämpfe vor unseren neuen Stellungen nördlich und nordöstlich von Laon und westlich der Aisne, in denen wir dem Gegner vielfach schwere Verluste zufügten. Der Feind steht hier südlich der Serre und etwa in Linie-Diesse-Essonno-le-Thour-St. Germainmont. An der Aisnefront Erkundungsgeschehe, der zwischen Olligny und Grandter auf Monron entlang der Aisne vorspringende kleine Stellungsbogen wurden geräumt. Die dort kämpfenden Truppen haben den Feind auch gestern wieder zu mehrfachen für ihn verlustreichen Angriffen veranlaßt; und damit den mit dem vorübergehenden Halten des Bodens beabsichtigten Zweck voll erreicht.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen den Argonnen und der Maas sind erneute heftige Angriffe der Amerikaner in unserem Feuer und an unseren Gegenstoßen gescheitert. Der Feind hat auch gestern trotz Einfluß weit überlegener Kräfte, starker Artillerie und trotz Unterstützung durch Panzerwagen nur wenig Gelände gewonnen. Nördlich von Juvin, am Walde von Bantheville und nordöstlich von Cunel fanden die Kämpfe bei Einbruch der Dunkelheit ihren Abschluß. Auf dem östlichen Maasufer zersplitterten die zwischen Maas und Namont gerichteten Angriffe in dem sehr unübersichtlichen Waldgelände in sehr heftigen Teilkämpfen, die zu unseren Gunsten endeten. Der Amerikaner erlitt auch gestern wiederum außerordentlich schwere Verluste.

Der Erste Genera-quartiermeister: Ludendorff.

Wilson's Antwort.

Wilson verlangt Garantien.

Wilson's Antwort ist da. Sie lautet nach englischen Pressemitteilungen:

In Erwiderung der Mitteilungen der Deutschen Regierung vom 12. Oktober, die Sie mir heute überreichten, habe ich die Ehre, Sie zu bitten, folgende Antwort an Deutschland zu übermitteln:

Die unbedingte Annahme durch die heutige deutsche Regierung und die große Mehrheit des Deutschen Reichstages der Bedingungen, die in der Botschaft des Präsidenten Wilson an den amerikanischen Kongress vom 8. Januar 1918 und in dem späteren Beschlusse niedergelegt wurden, berechtigt den Präsidenten, die folgende offenherzige und direkte Erklärung abzugeben über die Entscheidung, die er auf die Erklärungen der deutschen Regierung vom 8. und 9. Oktober getroffen hat:

Es muß klar verstanden werden, daß die Entscheidung über die Räumung des Gebietes und die Bedingungen des Waffenstillstandes Fragen sind, die der Entscheidung und den Ratsschlüssen der militärischen Ratgeber der Regierung der Vereinigten Staaten und der assoziierten Mächte vorbehalten sind.

Der Präsident erachtet als seine Pflicht, zu sagen, daß keinerlei Abmachungen durch die amerikanische Regierung angenommen werden können, welche nicht ab-

zurück und verbindende Garantien und Sicherheiten bieten, daß die heutige militärische Ueberlegenheit der amerikanischen und assoziierten Streitkräfte im Felde aufrechterhalten bleibt. Der Präsident vertraut, mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß dies ebenfalls die Meinung und Ansicht der assoziierten Regierungen ist. Der Präsident meint, daß es ebenfalls seine Pflicht ist, hinzuzufügen, daß weder die amerikanische Regierung noch er selbst vollkommen überzeugt ist, daß die Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, dem zustimmen, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die bewaffneten Streitkräfte Deutschlands ihre gesetzlich gebotenen, unmenschlichen Handlungen fortsetzen.

In der gleichen Stunde, wo die deutsche Regierung sich an die amerikanische Regierung mit Friedensvorschlägen wendet, sind die deutschen U-Boote damit beschäftigt, auf der See Schiffe zu versenken, und nicht nur diese Schiffe selbst, sondern auch die Rettungsboote, worin die Passagiere und Mannschaften ihr Leben zu retten versuchen.

Bei ihrem sehten erzwungenen Rückzuge in Flandern und Frankreich fahren die deutschen Armeen damit fort, alles räufstlos zu vernichten. Dies wurde und wird von mir immer als ein direktes Vergehen gegen die Regeln und Bestimmungen der zivilisierten Kriegsführung angesehen. Aus Städten und Dörfern, soweit sie nicht völlig zerstört, werden alle Dinge, die sie enthalten, geraubt und oft sogar ihre Bevölkerung verschleppt. Den Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, darf man nicht zumuten, daß sie einen Waffenstillstand genehmigen, solange diese Taten der Unmenschlichkeit, Raub und Verwüstung fort dauern, welche sie berechtigterweise mit brechenden und brennenden Herzen betrachten.

Es ist ebenfalls notwendig, damit keinerlei Möglichkeit des Mißverstehens bestehen bleibt, daß der Präsident feierlich die Aufmerksamkeit der Deutschen auf die Bedeutung und den klaren Inhalt eines der Friedenspunkte lenkt, den die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Dieser Punkt ist enthalten in der Rede, welche Präsident Wilson am 1. Juli bei Mount Vernon gehalten hat und lautet:

„Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die in Händen hat, allein, geheim und aus eigener Willensbestimmung den Weltfrieden zu führen, oder, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zu tatsächlicher Ohnmacht.“

Und die Macht, die bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist gerade eine von denen, die der Präsident in seiner Rede im Auge gehabt hat. Es liegt in der Macht des deutschen Volkes, dies zu ändern.

Die Worte des Präsidenten enthalten die berechtigten und naturgemäßen Bedingungen, bevor es zu einem Frieden kommen kann. Wenn es zu einem Frieden kommen soll, muß es durch das Eingreifen des deutschen Volkes selbst geschehen. Der Präsident fühlt sich gezwungen, zu sagen, daß die ganze Entwicklung des Friedensschlusses seiner Ansicht nach von der klaren Entschiedenheit, dem genügenden Charakter der Garantien, die in dieser fundamentalen Angelegenheit geboten werden, bestimmt wird. Es ist unvermeidlich, daß die Regierungen, die gegen Deutschland verbündet sind, ohne die Möglichkeit irgendeiner Täuschung wissen müssen, mit wem sie zu tun haben.

Der Präsident wird ferner eine besondere Antwort an die österreichisch-ungarische Regierung senden.

Friedenskonferenz der englischen Arbeiter.
Die englische Arbeiterpartei beruft für die erste Novemberwoche eine Konferenz nach London ein, angeblich, um zu den kommenden Wahlen Stellung zu nehmen.

Alford George hat bekanntlich das Wahlrecht demokratisieren lassen. Er wagt aber nicht, im Krüge wählen zu lassen. Neben der Wahlrechtsfrage wird diese Konferenz sicher auch die Friedensfrage erörtern.

Das Ziel der Wilson'schen Bedingungen.

Die offizielle italienische Telegraphenagentur schreibt:

Präsident Wilson stellte jetzt in Uebereinstimmung mit den assoziierten Regierungen die Bedingungen auf, denen die Feinde, wenn man anfängt zu verhandeln, zustimmen müßten. Es sei erforderlich, einen Hinterhalt zu verhindern und unumgänglich notwendige militärische Bürgschaft zu erlangen, damit der Waffenstillstand nicht ausschließlich den Feinden zum Vorteil gereiche. Ferner mußte verhindert werden, daß die Feinde nicht den Waffenstillstand dazu benutzen, ihre Heere aus der kritischen Lage zu befreien, in der sie sich befinden und die für sie immer schmerzlicher wird, worauf es

ignen möglich wäre, die Feindesintentionen unter günstigeren Bedingungen wieder aufzunehmen, nachdem ihr Kriegsmaterial zurückgezogen und ihre Truppen reorganisiert wären.

Der Reichstag hat jetzt das Wort

Einschränkung der kaiserlichen Entscheidung. — Bei Krieg und Frieden entscheidet der Reichstag mit.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung angenommen.

Artikel 11 der Verfassung gibt dem Kaiser das Recht, im Namen des Reiches Krieg und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Die vom Bundesrat angenommene Vorlage bindet nun die Befugnis des Kaisers, über Krieg und Frieden zu entscheiden an die Zustimmung des Reichstages. Diese gesetzgeberische Tat ist ein Punkt des Programms der neuen Regierung und ist keinesfalls unter irgend einem fremden Druck erfolgt. Der Beschluß des Bundesrats war schon gefaßt, als die letzte Wilsonnote hier bekannt wurde, er wurde schon am 11. Oktober in der Presse angekündigt.

Im Reichstage herrschte heute schon in den ersten Vormittagsstunden ein reges Leben. Abgeordnete sämtlicher Parteien waren im Hause anwesend. Man besprach lebhaft die Frage, die durch die Politik der zweiten Antwortnote des Präsidenten Wilson eine wesentliche Aenderung erfahren haben. Einige Parteien, wie die Fortschrittliche Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Polen, die Konservativen und die deutsche Fraktion, sind bereits in Fraktionsitzungen zusammengetreten. Zur Diskussion stand selbstverständlich überall die Wilsonnote. Heute nachmittag werden auch das Zentrum und die Nationalliberalen Fraktionsitzungen abhalten. Wann die nächste Plenarsitzung des Reichstages stattfinden wird, steht noch nicht fest. Man dürfte abwarten wollen, welche Entscheidung die Regierung, nachdem sie vorher mit der Obersten Heeresleitung Fühlung genommen hat, treffen wird.

Die neuen Bedingungen Wilsons

Präsident Wilson hat auf die deutsche Erwiderung eine lange Antwort geschickt, deren Wortlaut zwar noch nicht mit voller Sicherheit vorliegt, deren Sinn aber ziemlich klar ist.

Die Entente verlangt vor der Gewährung des Waffenstillstandes 1. die Einstellung des U-Bootekrieges gegen Passagierschiffe und der „ungefährlichen und unmenschlichen Kampfart“ bei der Räumung besetzter Gebiete. 2. Der Vernichtung der willkürlichen Macht, die im „geheimen und aus eigener Wahl den Frieden der Welt führen kann“ oder wenigstens der Herbeiführung der tatsächlichen Ohnmacht dieser Macht.

Zum ersten Punkte sei festgestellt, daß den deutschen U-Booten bisher noch keinerlei Grausamkeiten haben nachgewiesen werden können. Die Unterscheidung eines Schiffes als Passagierschiff oder Truppentransportschiff soll den U-Bootsfahrern oft nicht möglich sein. Kein als Passagierschiff erkanntes Schiff würde von ihnen versenkt werden. Bei der Vernichtungsauffahrt im Räumungsgebiet verfolgt die deutsche Heeresleitung ausschließlich militärische Ziele. Nur solche Anlagen, die dem Feinde die Kriegsführung gegen uns erleichtern würden, werden verlegt. Den Landbewohnern im Räumungsgebiet gegenüber verhalten sich unsere Truppen als human. Das entsetzliche Glend der flüchtenden Bevölkerung hat unsere Heeresleitung nach Kräften zu lindern sich bemüht, fand dabei aber nicht das rechte Verständnis im feindlichen Lager.

Die deutsche Regierung wird für die Ausfüllung der Forderungen Wilsons in diesen Fragen sorgen müssen. Der zweite Punkt ist wohl gleichbedeutend mit der Forderung einer Einschränkung der kaiserlichen Gewalt hinsichtlich der Erklärung von Krieg und Frieden. Die Vorbereitungen zu einer solchen Aenderung der Reichsverfassung sind bekanntlich schon geschehen. Dadurch fällt das für jeden Deutschen demütigende Gefühl weg, daß wir einer ausländischen Macht gestatten sollten, sich in unsere deutschen Verfassungsfragen zu mischen.

Neben den zwei Vorbedingungen macht Wilson nun noch eine Forderung von großer Wichtigkeit:

Die militärischen Berater der Entente werden als jene Stelle bezeichnet, die Garantien und Sicherheiten dafür fordern sollen, daß die heutige militärische Ueberlegenheit der Entente im Felde aufrechterhalten bleibt. Solche Garantien und Sicherheiten gegen die Verschlechterung der militärischen Lage fordert natürlich auch die deutsche Heeresleitung. In der letzten deutschen Note war schon der praktische Vorschlag gemacht worden, eine gemischte Kommission einzusetzen, die die bezüglichen Vereinbarungen treffen sollte. Der militärische Sachverständige der „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt über die Aufgaben dieser Kommission:

Hierbei wird vorausgesetzt, dass nur und gegenrechnung der gegenseitigen Chancen für den Fall weiteren Kampfes, ein wechselseitiger Ausgleich der aus der Klüftung sich ergebenden Vor- und Nachteile der beiden Parteien stattfinden. Je besser unsere militärische Lage sich dann ausnimmt, je einmütiger und einflussreicher die Gestalt hinter den Unterhändler steht, umso größer ist unsere Aussicht, für die bereits im Prinzip zugesagene Klüftung der feindlichen Gebiete entsprechende Gegenwerte, die Feststellung angemessener Demarkationsgebiete, Garantien oder andere uns sicherheitgebende Vorteile zu erhalten. Am zweckmäßigsten wäre vielleicht die Erklärung des gesamten von uns zu räumenden Gebietes als Demarkationsbereich.

Es ist Sache der Regierung und der Obersten Heeresleitung, im einzelnen zu der Wilsonschen Note Stellung zu nehmen. Inwiefern dieser Note ist nur, zu betonen, dass die neue Wilsonsche Note eine Klüftungswunde gibt zu weiteren Verhandlungen.

Anzweifelhaft sorgt unsere Armee in der Front dafür, dass sich die militärische Lage nicht verschlechtert.

Unsere Stärke an der Westfront.

Am Montag hat der Feind in Flandern von der Meeresküste bis zur Vos nach stärkster Artillerievorbereitung, an der sich von See aus Monitore beteiligten, unsere Front angegriffen. Sein Ziel war der Durchbruch durch unsere Front und die Hartnäckigkeit der Angriffe sowie der Masseneinsatz an Kräften und Material bewiesen, wie ernst es dem Gegner mit seinem Versuch war. Angesichts eines solchen gewaltigen Angriffs muß der auf einer 20 Kilometer breiten Front erreichte Erfolg des Feindes, örtliche Einbrüche und Verlust unserer vordersten Linie als ein voller Misserfolg gewertet werden. Wieder sieht die Welt, daß die deutsche Front hält, und daß alle jene feindlichen Stimmen, die gegen unseren Friedensvorschlag anführten, wie handelen aus Schwäche und seien im Zusammenbruch begriffen, ganz falsch waren.

Nach den letzten Meldungen werden aus Frankreich und England durch die offiziellen Funkprüche gerade solche Zeitungsmeldungen verbreitet, die die unglaublichen Garantien von Deutschland verlangen. Man spricht von der Entwaffnung der Heere und der Auslieferung der Flotte. Wenn der Feind glaubt, mit solchen Scherzen die deutsche Stimmung verschlechtern zu können, so irrt er gewaltig.

Der Wahlrechtsstreit beendet.

Die Konservativen für das gleiche Wahlrecht.

Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat in einer am Montag abgehaltenen Sitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

In der Stunde der höchsten Not des Vaterlandes und in der Erwägung, daß wir auf schwere Kämpfe für die Unversehrtheit des vaterländischen Bodens gerufen sein müssen, hält es die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses für ihre patriotische Pflicht, alle inneren Kämpfe zurückzustellen. Sie ist gewillt, zu diesem Zweck auch schwere Opfer zu bringen. Sie glaubt nach wie vor, daß eine weitgehende Revision der preussischen Verfassung nicht zum Heile des preussischen Volkes dienen wird, ist aber bereit, bei Widerstand gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen entsprechend dem jüngsten Vorgehen ihrer Freunde im Herrenhause aufzugeben, um die Bildung einer Einheitsfront nach außen zu gewährleisten.

Graf Hertling, der große Menschenkenner, hat recht behalten: Es bedurfte keiner Auflösung des Landtags im des Wahlrechts willen. Er, der doch selber konservativ war, der stets engste Fühlung mit den Größten des konservativen Gedankens hegte, hatte sie richtig eingeschätzt: Sie kannten die Zeit, ihre Entwicklung, ihre Erfordernisse, und darum verließ er sich darauf, daß der Gedanke des gleichen Wahlrechts in absehbarer Zeit bei ihnen aufkommen würde. Die abgeklärte Weltanschauung, die beim Herrenhause so oft erkannt worden ist, gab das Zeichen, und wie jemand, dem Halbheiten fremd sind, hat sich jetzt das Unterhaus mit beiden Füßen zugleich auf den Boden der neuen Zeit gestellt. Jetzt ist die neue Zeit da, ohne Einschränkung und jetzt läßt sich auch ein Blick in die Zukunft tun.

Die Neugeburt Polens.

Aufregungen und neue Forderungen.

Die Mittelmächte haben ein neues Polen begründet. Ganz aus freiem Antriebe heraus, ohne Zwang, als niemand an die jetzige Entwicklung dachte und denken konnte.

Die Zugeständnisse, die man den Polen damals hat, haben anfangs genügt. Seit aber Wilson am 8. Januar das Folgende als Punkt 13 seiner 14 Punkte verkündete:

„Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind und der einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und denen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßte, sollte gebildet werden“ und als die Entwicklung der Dinge dieser Forderung nachdruck zu verleihen schien, da zeigte sich bei den Polen das Verlangen nach weiteren Zugeständnissen.

Ein Aufruf der preussischen Polen.

Jetzt veröffentlicht die polnische Presse einen Aufruf, worin es heißt:

„Die Teilung Polens (deutschen, D. N.) war die trasseste Vergeßlichkeit der internationalen Gerechtigkeit in der Geschichte der Neuzeit und dadurch schon wurde sie zur Hauptquelle dieser Gewalt- und Bedrückungspolitik, die in Europa den Herd ewiger Unruhen bis in die heutigen Tage hinein bildete. Wer also aufrichtig und ehrlich die Hand zum Aufbau einer neuen, auf der Achtung des Rechtes basierten Zukunft der Völker mitanlegen will, der muß die Position des den Polen zugesagten Unrechts als erste unerlässliche Bedingung dieses großen Wertes betrachten. Nur die Vereinerung zu einem ganzen, allen in den polnischen Ländern wohnenden Volksteilen, die die vollen Rechte eines Staates besitzen, kann die Gewäh-

cung eines dauernden Eintrages der Völker vorsehen.

Das hat der Präsident Wilson anerkannt, indem er in seinem Friedensprogramm die Bildung eines unabhängigen, aus allen polnischen Landesteilen zusammengesetzten und eine eigene Meeresküste besitzenden Polens aufstellte, als eine der Grundlagen einer gerechten, internationalen Weltordnung. Aus der Tatsache, daß die deutsche Regierung das Programm Wilsons ohne Vorbehalt als Grundlage der Friedensverhandlungen angenommen hätte, muß man folgern, daß sie mit den Richtlinien dieses Programms in bezug auf die polnische Frage einverstanden ist.“

Die Verwirklichung dieser Wünsche.

Das hat der Präsident Wilson mitteilt, daß der vng. Korjanj am Sonnabend in der Wandelhalle des Reichstages an einer Karte dargelegt habe, welche preussischen Gebiete dem neuen polnischen Staat einverleibt werden sollen.“

Das genannte, s. Rt. nach Scherls Austritt von der Schwerindustrie angekaufte Berliner Lokalblatt sagt dazu: „Präsident Wilson spricht in dem 13. seiner 14 Punkte nur von einem unabhängigen polnischen Staat, der Gebiete einschließen solle, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt werden und dem ein freier und sicherer Zugang zur See gewährleistet werden muß. Es gibt keine Meeresküste, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt wird. Und es ist nicht notwendig, im Besitz einer Meeresküste zu sein, um über einen freien Zugang zum Meere zu verfügen.“

Die Polen trauen hier offenbar. Wilson denkt sich die Sache anders. Er verlangt für Polen „einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See“. Wenn der „Zugang“ polnisch sein soll, also in volle polnische Besitzung käme, dann braucht er nicht noch besonders „gesichert“ zu werden; solche „Sicherungen“ sind nur nötig, wenn der Zugang sich durch anderen Besitz bewegt.

Immerhin ist die polnische Frage jetzt in vollem Umfange aufgerollt und sie wird auch allerlei Aufregung verbreiten.

Die Haltung der polnischen Regierung in Warschau ist undurchsichtig und vorläufig. Sie pflegt die Beziehungen zu Deutschland weiter:

In Warschau fand am Sonnabend ein Kronrat statt, der sich mit der tunlichst baldigen Uebernahme der Landesverwaltung und Heeresbildung befaßte.

Die „Gazeta Poranna“ verzeichnet das Gerücht, daß die polnische Regierung Schritte unternahme zwecks Aufnahme einer 500 Millionen anleihe in Deutschland für den Wiederaufbau.

Die „Bauern“ in Polen „ab“.

Die militärische Befehung Polens soll, entsprechend den eigenen Wünschen der augenblicklichen Regierung in Warschau, bis auf weiteres noch fortbestehen. Gegen sind bereits Verhandlungen über den allmählichen Abbau der deutschen Zivilverwaltung bereits im Gange. Er soll schrittweise vor sich gehen, schon aus dem Grunde, weil das Königreich Polen zurzeit noch nicht über die genügende Zahl von eigenen Beamten verfügt, um die gesamte Verwaltungstätigkeit mit einem Schlage auf die eigenen Schultern zu nehmen. In erster Reihe dürften das Agrar- und Gefängniswesen von der deutschen Verwaltung abgegeben werden, ferner die Aufgaben der sozialpolitischen Fürsorge, mit denen unsere Beamten sich drei lange Jahre hindurch in Warschau beplagt haben. Diejenigen Verwaltungszweige, die mit der Kriegswirtschaft in unmittelbarem Zusammenhange stehen, wie das Ernährungs-, das Bevölkerungs- und das Befehungswesen, bleiben auch weiterhin zunächst noch in deutscher Hand.

Rußlands brodelndes Chaos.

Was mag da einmal werden?

Die „Süddeutschen Monatshefte“ haben eine volle Nummer aus den Schriften des russischen Glendichters Maxim Gorki gefaßt. Wie sonst nichts eröffnet die Feder dieses ehemaligen Arbeiters einen tiefen Einblick in die russische Seele und damit in die russischen Verhältnisse, in die russische Zukunft. Zum Jahreswechsel 1917 schrieb er, — was heute genau so wie damals den Kopf trifft:

„Um tatkräftige Menschen zu werden, müssen wir glauben, daß diese tollsten, mit Blut und Schmutz besudelten Tage die großen Tage der Geburt eines neuen Rußlands sind.“

Gerade jetzt, wo die von der Predigt der Gleichheit und Brüderlichkeit betäubten Menschen ihren Nächsten auf offener Straße austrauben, indem sie ihn bis auf Hemd anziehen; wo der Kampf gegen das Joch des Eigentums die Menschen nicht hindert, die kleinsten Uebertreter des Gesetzes von der Unantastbarkeit des Eigentums mit tierischer Grausamkeit zu martern und zu töten; wo die „freien Bürger“ allerlei verdächtige Handelsgeschäfte treiben und einander auf die grausamste und schamlose Weise ausbeuten — in diesen Tagen der ungeborenen Widerprüge wird das neue Rußland geboren.

Es ist eine schwere Geburt: im tosenden Zusammenbruch der alten Lebensformen, unter den morschen Trümmern der schmutzigen Kaserne, in der das Volk dreihundert Jahre lang um Atem rang, in der es so gefährlich und unglücklich geworden ist.“

So, wie Gorki damals sah, so ist es noch heute. Eine Klärung ist nicht eingetreten. Die Bolschewiki haben die Herrschaft behauptet, obgleich die Entente in weitem Maße mit allen bürgerlichen Parteien alles daran setzte, um die Herrschaft der Lenin und Trotski und damit den Friedensvertrag mit Deutschland zu stürzen. Aber nur behauptet haben sie sich. Von einer bolschewistischen Regierung, die Ordnung schaffen könnte, ist keine Rede; jeden Augenblick muß man neue Umwälzungen erwarten.

Die Vorgänge in Westeuropa, das Friedensangebot der Mittelmächte, haben natürlich in Rußland bedeutenden Einfluß ausgeübt. Die Entente bekommt wieder Oberwasser, und jeden Tag kann es „wieder losgehen“, die Revolution nämlich.

Der Donkosak rückt heran.

Die im Solde der Entente stehenden Donkosaken rücken wieder vor: Die „Ukrainische Telegraf-Agentur“

teilt mit, daß Donkosaken in Richtung auf Kharzov von neuem den Don überschritten, zusammen mit der Astrachanarmee auf Jarzjin vorrückten und sich auf 15 Werst Jarzjin genähert haben.

Das Komitee der „armen Bauern“

ist eine bolschewistische Neugründung, deren Ziel ist, den landbesitzenden Gegnern der Bolschewisten ein Gegengewicht entgegen zu stellen. Das Leninische Regierungsblatt „Kommunist“ meldet, daß im Bezirk Tcherapowog im Gouvernement Nowgorod der Organisator der „Komitees der armen Bauern“ erschlagen wurde, woraufhin die Geiseln, der Bischof Warjanoff und die Abtissin des Bjerajowitschen Klosters Serafina nebst acht anderen Personen erschossen wurden.

Bauernaufstände in Sibirien.

Die Bolschewisten nehmen sich auch in Sibirien die englisch-amerikanischen Auerrbeiter vor, und zwar mit Hilfe des Landproletariats. Nach Aussagen der Fischlinge aus Sibirien sind dort überall Bauernaufstände ausgebrochen, die zu blutigen Kämpfen mit den Strafexpeditionen geführt haben. Größere Kämpfe haben in Minusinsk und in Jyskul, 100 Werst von Omsk, stattgefunden, wo Bauern Abteilungen bis zu 800 Mann gebildet haben.

Aus Bladivostok wird dem „Petit Parisien“ gemeldet, daß in der sogenannten Zentralregierung Rußlands außer dem Direktorium fünf andere Personen ernannt worden sind, darunter der rechte Sozialrevolutionär Penzinsk und General Alexejew. Minister Michailow in Omsk, der Belogodskij ersetzt, ordnete an, die sibirische Duma aufzulösen. Minister Kruglowski wurde verhaftet.

Diese unklaren Berichte lassen vermuten, daß die Stunde des Konfliktes der von der alten Armee und den linken sozialrevolutionären Elementen unterstützten Regierung in Sibirien geschlagen hat.

Politische Rundschau.

Keine Außerordentliche. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, an der Zusammenarbeit mit dem Kanzler festzuhalten.

Die Reichstags-Sitzung am Mittwoch ist aus. Der Vorkonferenzrat des Reichstages beschloß in seiner Sitzung am Dienstag, die für Mittwoch festgesetzte Sitzung des Reichstages ausfallen zu lassen. Die Anberaumung des Zeitpunktes der nächsten Sitzung wird dem Präsidenten überlassen.

Eine wichtige bayerische Landtags-Sitzung. Der bayerische Landtag wird am Mittwoch zu einer Sonder-sitzung zusammenzutreten. Ministerpräsident v. Dandl wird die Stellungnahme der bayerischen Regierung zur gegenwärtigen politischen Lage auseinandersetzen. Daran schließt sich die allgemeine politische Aussprache. Sämtliche vorgelegte Regierungsvorlagen, einschließend der Lehrergesetze, sollen in einer außerordentlichen Sitzung verabschiedet werden.

Lokales und Provinzielles.

Unser Friedensangebot an Wilson darf keinen Eindruck der Schwäche auslösen. Die feindliche Presse frohlockt bereits darüber, daß die Widerstandskraft unserer Front im Schwinden begriffen sei. Unser starkes Heer wird sie eines besseren belehren. Unsere tapferen Soldaten müssen in diesem kritischen Zeitpunkt mit erneuter Fähigkeit die Nerven anspannen und den Feinden beweisen, daß ihre Hoffnung auf den deutschen Zusammenbruch trügerischer Wahn ist. Dann muß der Feind erkennen, daß an der Festigkeit des deutschen Soldaten sein Uebermut zerbricht, daß unsere Front gehalten wird, trotz der gewaltigen Anstrengungen unserer Feinde. Nur, wenn unser tapferes Heer seine Entschlossenheit einmütig bekundet, werden unsere Feinde erkennen müssen, daß sie den Geist der deutschen Armee unterschätzt haben. Dann wird das deutsche Friedensangebot auch wenn es von den Feinden als Schwäche gedeutet wird, sich die Achtung verschaffen, die ihm zukommt. Denn hinter ihm steht einmütig und geschlossen die Stärke des deutschen Volkes.

§ Geisenheim, 17. Okt. Herr Offizier-Stellvertreter Anton Christ bei einer Artillerie-Parl-Komp. wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet.

§ Geisenheim, 17. Okt. Die Grippe hat jetzt doch im Rheingau bedenklichen Umfang angenommen. Abgesehen davon, daß sie jetzt wesentlich gefährlicher auftritt als bei ihrem Erscheinen im Juli d. Js., sind die Erkrankungsfälle derart häufig geworden, daß in verschiedenen Betrieben Schwierigkeiten durch das Auftreten der Krankheit entstanden sind. Besonders gefährlich tritt die spanische Krankheit im oberen Teile des Rheingaus auf.

§ Geisenheim, 17. Okt. Die Rheingau-Elektrizitätswerke haben mit der Stromgebrednung einen Zuschlag für Kohlensteuer erhoben. Hierzu sind die Werke nicht berechtigt, da in der Erhöhung des Strompreises auf 45 Btg. die Kohlensteuer einbegriffen ist.

Es wird den Stromabnehmern daher empfohlen, den zu viel gezahlten Zuschlag bei demnächstigen Zahlungen in Abzug zu bringen.

So lesen wir in einer amtliche Bekanntmachung in der letzten Nummer der Schiersteiner Zeitung. Was für Schierstein Gültigkeit hat, gilt ohne weiteres auch für Geisenheim umsomehr als die in Geisenheim bezogene Elektrizität an und für sich schon 10% mehr kostet. Unsere Stadtverwaltung könnte sich sehr verdient machen, wenn sie auch ihrerseits, um allen noch bestehenden Zweifeln aus dem Wege zu geben, eine amtliche Bekanntmachung ähnlichen Inhalts erlassen wolle.

KA Geisenheim, 17. Okt. Ernährung der Kinder. Auf Anregung der Kreisfürsorgerin sind vom Kreis-ausschuß neuerdings besondere Maßnahmen zur Durchführung einer geordneten Ernährung der Säuglinge und Kleinkinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre getroffen worden. Es sind insbesondere den Gemeinden Nährmittel zugewiesen, mit der Bedingung, daß diese nur für die vorgedachten Kinder Verwendung finden dürfen. Diese Nährmittel sind inzwischen geliefert, so daß also für die folgende Zeit mit

ausreichenden Zuteilungen gerechnet werden kann. Die Kreisfürsorgerein hat in Anlehnung an die gesetzlich bestimmten Kinderzulage besondere Regeln für die zweckmäßige Verteilung im Hinblick auf das Alter der Kinder aufgestellt und diese Regeln sind den Gemeinden gleichfalls mitgeteilt worden. Sie haben folgenden Inhalt:

A. Flaschenkinder

Sollen erhalten bis zum vollendeten 3. Monat Haferflocken (für Schleimzusatz zur Milch), vom 4. Monat an können statt Haferflocken ebensomohl gegeben werden, Hafer- oder Gerstenmehl (für Mehlabkochung zur Milch.) Vom 6. Monat an sollen sie erhalten, Gries-Hafer- oder Gerstenmehl oder dergl. (für Brei und Suppen.)

B. Brustkinder

Sollen von Anfang an entweder Haferflocken oder Gries oder Hafer- oder Gerstenmehl erhalten. Vom 6. Monat an müssen sie Gries- oder Hafer- oder Gerstenmehl oder dergl. erhalten wie die Flaschenkinder (für Brei und Suppen.)

Alle Kinder unter 2 Jahren sollen bekommen: mindestens 30 gr. Zucker täglich (außer der Zuckerkarte), 1/2 Liter Milch täglich, 300 gr. Weizenmehl gewöhnlicher Ausmahlung wöchentlich oder Zwieback ohne Brotkarte, dazu Zwieback gegen Brotkarte.

Für darmkranke Kinder müssen stets Haferflocken vorhanden sein.

Alle Kinder erhalten ferner alle Karten wie die Erwachsenen, nur die Fleischkarte zur Hälfte.

Gleichfalls auf Anregung der Kreisfürsorgerein sind die Gemeinden besondere Nährmittel für werdende und stillende Mütter überwiesen worden. Diese Zulagen werden im allgemeinen vom 6. Monat der Schwangerschaft an gegeben.

△ Auch kleine Anstöße von Culler durch Private sind strafbar. Unschönend in missverständlicher Auslegung der Anordnung eines stellv. Generalkommandos gehen durch die Zeitungen Notizen, als ob das Hamstern von Butter erlaubt sei, so lange es für den eigenen Gebrauch und nicht gewerbmäßig betrieben wird. Diese Auffassung ist falsch. Den Selbstversorgern und Versorgungsberechtigten stehen nur die vorgeschriebenen Mengen von 100 Gramm bzw. 50 Gramm Butter wöchentlich zu. Alle weiteren Mengen sind an die öffentlichen Sammelstellen abzuliefern. Das Vorkauf von Butter auch in kleinen Mengen von Privaten ist verboten.

△ Telegraphische Militär-Ansangsangelegenheiten. Unter Aufhebung sämtlicher bisher über Telegramme in militärischen Urlaubsangelegenheiten erlassenen Bestimmungen, ist angeordnet worden, daß telegraphische Urlaubsgesuche einzelner Heeresangehöriger in der Heimat ins Feld den Vorschriften über den Privattelegrammverkehr zwischen Feldheer und Heimat unterliegen, und, wenn sie an militärische Dienststellen in der Heimat gerichtet sind, den allgemeinen Verkehrsbestimmungen für Privattelegramme. Die Privattelegramme dürfen bekanntlich höchstens aus 20 Worten bestehen, müssen nötigenfalls eine behördliche oder ärztliche Bescheinigung haben, genaue Anschrift des Absenders tragen und in einem Briefumschlag an die Prüfungsstelle für Feldtelegramme gesandt werden.

*** Eltwille, 16. Okt.** Nach schwerer Krankheit verchied hier im Alter von 72 Jahren Weingutsbesitzer Königl. Dekonomierat Franz Herber. Der Verstorbene war ein im Rheingau und darüber hinaus bekannte Persönlichkeit. Er stand im öffentlichen Leben, die Zahl der ihm übertragenen Ehrenämter war groß. Lange Jahre Stadtverordneter und Mitglied des Magistrats, gehörte er dem Kreisrat an, war Mitglied des Kommunalanlages, der Landwirtschaftskammer usw.

× Vom Mittelrhein 14. Okt. Die Lese der weißen Trauben ist in den Gemarkungen des Mittelrheingebietes im Gange. Es gibt einen mittleren Ertrag. Die Beschaffenheit und Güte läßt zu wünschen übrig. Bei verschiedenen Umständen in Caub, Kamp, Restert, Oberwesel, und anderwärts wurden 60 Mt. für den Zentner Trauben bezahlt. In Boppard kostete der Zentner 120—150 Mt.

× Bingen 15. Okt. Die Eiche 1914er Traubenmost (108 Pfund) kostete in Bingen, wo ein ganz reger Verkauf herrschte, 250 Mt. In Budesheim bei Bingen wurden anbedlich 120—150—200—220 Mt., in Rempten, 80—110 Mt., geboten und bezahlt. In Münster bei Bingerbrück brachte die Eiche Traubenmost 150—170 Mt.

Aus aller Welt.

**** Vulkan-Ausbruch auf Island.** Am Sonntag nachmittag ist der Vulkan Katla auf der großen dänischen Insel Island, nördlich England, westlich Norwegen, nach 70 jähriger Ruhe wieder zum Ausbruch gekommen. Unter den Landbewohnern herrscht große Angst, da durch die Hitze der Ausbrüche das Eis am Meer zu schmelzen und infolgedessen die Flüsse des Ostens führen, das die Dörfer bedroht.

**** Grippe und Cholera in Frankreich.** Schweizer Blätter melden: Marshall Joffre liegt an der Grippe schwer krank darnieder. Sein Besuch in England mußte abgesetzt werden. Es bestätigt sich, daß die spanische Krankheit und andere gefährliche Epidemien im französischen Heere um sich greifen. Eine größere Anzahl höherer französischer Offiziere ist von der Grippe befallen; auch Marshall Joch soll seit mehreren Tagen in ihr erkrankt sein. — Einer Meldung der „Fürcher Post“ zufolge herrscht in Cette, in Marseille und anderen südfrensischen Häfen die Cholera. Bei spanischen Arbeitern, die aus Portbou zurückgekehrt sind, wurden Pestfälle festgestellt.

**** Um sich gegen Tische zu schützen, hatte eine heimische Fabrik in Hungaria die Eisentische der Küchen, Fenster usw. unter Starkstrom gesetzt. Dennoch waren mit den Verhältnissen vertraute Tische einma-**

rungen. Eines Morgens fand man einen unbewußten Menschen tot liegen; er war durch Starkstrom getötet worden.

**** 6.000 Mark gestohlen wurden aus einem Hause in Erfurt.** Das Geld war in einer Kassetten verwahrt, die mit einem Stemmstein erschlossen wurde. Der Täter wurde von der Wirtschaftlerin bei ihrer Rückkehr überrascht, es gelang ihm aber, in der Dunkelheit zu entkommen.

**** Vom Giftbaum Börse.** Die Kursstürze an den Börsen haben im schlesischen Wirtschaftsleben teilweise verheerend gewirkt. Namentlich die Spekulation, für die es in den letzten Wochen vor den Meldungen aus Bulgarien anscheinend keine Grenzen mehr gab, hat furchtbare Rückschläge erlitten. So verlor ein Breslauer Konfektionär in wenigen Stunden an ober-schlesischen Papieren 420 000 Mark. Ein Breslauer Großkaufmann, der in Tabakwerten speulierte, verlor an einem Tage 375 000 Mark. Eine Weithener Firma verlor, wie bisher bekannt geworden ist, an Oelpapieren 120 000 Mark. Auch zahlreiche kleinere Kapitalisten, die während des Krieges zu Geld gekommen waren und die Spekulation als wirksamstes Mittel zur Vermehrung ihres Kapitals betrachteten, haben teilweise ihr ganzes Vermögen durch die Kursstürze eingebüßt.

**** Strenge Maßnahmen gegen die Cholera werden in Berlin ergriffen.** Mit Rücksicht darauf, daß in letzter Zeit wiederholt Choleraerkrankungen festgestellt worden sind, veröffentlicht das Polizeipräsidium eine Kundmachung, worin auf die Anzeigepflicht derartiger Erkrankungen, auch in Verdachtsfällen, sowie derartiger Todesfälle hingewiesen wird. Die Ärzte werden gleichzeitig ersucht, gegebenenfalls sofort Stuhlproben zu entnehmen und zwecks bakteriologischer Untersuchung an das betreffende Medizinal-Untersuchungsamt einzusenden.

**** Der „Freischütz“ im Nebersteler.** Einen besonderen Ansehensgenuß erlebten dieser Tage die Theaterbesucher des Stadttheaters von M. Gladbach. Nach einem Bericht der „Westf. Landeszeitung“ weigerten sich die Opernsänger, zu singen und zu spielen, da trotz bestimmtem Versprechens und obgleich die Theaterleitung die Höchstlohn selbst tragen wollte, nicht gehetzt worden war, nicht einmal in den Anmeldebüros. Die Gefühle des gleichfalls freirendes Publikums waren durchaus auf Seiten der streikenden Sängerrinnen und Sängler. Die Verleumdung der schlesischen Einigung darauf hin, daß dies das letzte „ungeheures“ Auftreten sein und daß die Mitwirkenden in Nebersteler spielen würden, wurde mit festem Beifall aufgenommen. Und so konnte denn Nebersteler „Freischütz“ mit einigen Verstärkungen und einiger Verspätung in Szene gehen, wobei die vorausgehende Verstimmung sich nicht in Spiel und Gesang bemerkbar machte.

**** Födlisch verunglückt ist in Wilsenstedt der hochbekannte Gutbesitzer und frühere Bürgermeister E. Kleine beim Einfahren und Abladen von Runkelblättern.** Beim Herumfahren des Gesährters wurde ein Pferd scheu, wodurch R. mit umgerissen wurde. Dabei trat ihn das Pferd mit einem so schweren Schlag auf die Brust, daß er nach einigen Stunden seinen Geist aufgab.

**** Erstickungstod durch Kohlenstaub.** Der Maschinist Hermann Tölle wurde im Eismaaschraum der W. S. L. in der Hamburg-Amerika-Linie auf Ruhwärdter lebend aufgefunden. Die Ärzte sind der Ansicht, daß T. durch die Einwirkung von Kohlenstaub zu Tode gekommen ist, die der Eismaschine entstammt ist.

**** Aus Liebeskummer unternahm die 17-jährige Bert. O. aus Anklam einen Selbstmordversuch,** indem sie in die Beene sprang. Nachdem sie in dem kalten Bade sich ihr Mütchen abgekühlt hatte, mußte ihr das Leben noch wieder wundersön erscheinen sein, denn sie traktierte sich an einem Fischstatter hoch, wo sie später bewußtlos aufgefunden wurde. Das Mädchen wurde nach dem Krankenhaufe geschafft, wo es sich bald wieder erholte.

**** Ein Feuer verzögerte in Wante das Kampagne-Werk von Giffen.** Es brannte das ganze Werk nieder bis auf die Mühle und den Maschinenraum. Der Schaden beläuft sich auf 50 000 bis 60 000 Mark.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin 16. Okt. Nördlich von Roefelare im Selle-Abchnitt, bei Hauffy, zwischen Aisne und Maas und auf dem Ostufer der Maas sind feindliche Angriffe gescheitert. Die von französischen Flüchtlingen angefüllte Stadt Behain liegt unter dauerndem Feuer schwerer Artillerie. Der Feind bejoh sich gestern die von uns während des Krieges sorgsam geschonte Wallfahrtsstätte von Vieffe.

TU Berlin, 15. Okt. Im Atlantischen Ozean versenkten unsere U-Boote

41 000 Bruttoregister-tonnen Handelschiffsräume, darunter mehrere Landdampfer und mit Kriegsmaterial beladene Dampfer.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

TK Berlin 17. Okt. Die Antwort des Präsidenten Wilson auf die zweite deutsche Note bildete während des ganzen gestrigen Tages den Gegenstand von Beratungen und Besprechungen der Regierung und auch der Parlamentarier. Wie das „Berl. Tagebl.“ hört, ist man zu einer entgültigen Beschlußfassung bisher noch nicht gekommen, da namentlich die Verhandlungen mit den in Betracht kommenden militärischen Stellen noch nicht beendet sind. Ob der Reichstag morgen zu einer Plenarsitzung zusammentreten wird, steht in diesem Augenblick noch nicht fest. Wahrscheinlich dürfte der Präsident die Sitzung erst dann anberaumen wenn die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte Note Wilsons fertiggestellt ist. Es ist anzunehmen, daß der Reichstagskanzler in der Sitzung die neue deutsche Antwortnote und die Stellungnahme der Regierung bekannt geben wird.

TU Wien, 17. Okt. Es verlautet, daß die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn bereits seit vorgestern abend bekannt sei. Warum ihr Inhalt weder in Wien noch von Washington aus bisher nicht veröffentlicht wurde ist nicht ersichtlich.

TU Genf 17. Okt. Die Antwort Wilsons wurde in allen Kreisen der französischen Hauptstadt mit einem wahren Gefühl der Befreiung aufgenommen. Allgemein ist man der Ansicht, daß Marshall von Joch jetzt das Wort habe. Es ist demnach nicht zu befürchten, daß die siegreichen Führer der verbündeten Armeen den geschlagenen deutschen Armeen zu günstigen Bedingungen stellen. Deutschland wird kapitulieren, oder sein Schicksal entscheidet sich durch die Waffen.

TU Wien, 17. Okt. Hier sind Nachrichten eingetroffen, denen zufolge in Mytilene und Smyrna Sonderverhandlungen der Türkei stattfinden, die vor dem Abschluß stehen. Der hiesige Botschafter Hilmi Pascha erklärte auf Befragen, daß ihm hiervon nichts bekannt sei.

TU Genf 17. Okt. Der „Proletarie“ meldet, daß die französischen Arbeiterverbände große Kundgebungen dagegen vorbereiteten, daß Wilsons Friedensabsichten durch die Ententeregierungen vereitelt werden.

TU Lugano, 17. Okt. Angesichts der jetzigen Friedensschritte beruft der Papst das wiederholt vertagte Konfistorium für Dezember ein. Möglichst alle Karbinale der ganzen Welt, sollen daran teilnehmen. Im Konfistorium wird der Papst auch eine größere Anzahl neuer Purpurträger kreieren.

TU Wien, 17. Okt. Der Oberkommissar der Bolschewiki-Armee Stojanow ist nach Entwendung von 2 Millionen Rubel im Flugzeug gestohlen.

Privattelegramm der „Geisenheimer Zeitung,

WTB Großes Hauptquartier, 17. Okt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf der Kampffront nahmen wir eine neue Front in der Linie östlich von Tahoout-Koolshamp-Ingelmünster, im Anschluß hieran hinter die Eys zurück.

Nach stärkstem Feuer auf das geräumte Gelände, fühlte der Gegner an unsere neuen Stellungen heran.

Beiderseits von Koolshamp griff er sie mit starken Kräften, bei Tahoout und Ingelmünster mit Teilverstößen an.

Auch gegen die Eysfront bei Cortrick und Menen führte er heftige Angriffe.

Der Feind wurde überall abgewiesen.

Gegen unsere neue Front zwischen Lille und Douay richtete der Feind gestern aus der Linie Caphinghem-Alenes-Les Mourons-Cavis-Dignies geführte Angriffe.

Am Selle-Abchnitt drang der Gegner bei Hauffy in unsere Linien ein. Radfahrer-Bataillone warfen den Feind im Gegnangriff zurück und nahmen die alte Stellung wieder.

Die Beschließung von Behain durch englische Artillerie hat zu hohen Verlusten unter der französischen Einwohnerschaft und Flüchtlingen geführt.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

An der Aisnefront zeitweise Artilleriekampf. Ein Angriff der Franzosen nördlich von Drigny wurde abgewiesen.

An der Aisne und der Aire scheiterten heftige französische Angriffe vor unseren neuen Linien östlich von Grandpre.

Heeresgruppe v. Gallwitz.

Westlich der Aire wurde amerikanische Angriffe, deren Hauptstoß sich gegen Champigneulle und Landres richtete abgewiesen.

Beide Orte wurden gehalten. Die Höhen südöstlich von Landres blieben nach wechselvollen Kämpfen in Feindeshand.

Auch auf dem Ostufer der Maas scheiterten Angriffe der Amerikaner.

Bei Abwehr der westlich von Flabas mit Panzerwagen vordringenden Gegner zeichnete sich die 1. Landwehr-Division besonders aus.

Südbösterreichischer Kriegsschauplatz.

Vor unserer neuen Front zwischen Jagudina und Nisch hat der Feind, die westliche Morava, Krusavacz und Aleginac erreicht.

Angriffe, die er aus dieser Linie heraus richtete, wurden abgewiesen.

Der 1. Generalquartiermeister Lubendorff.

Staatssekretär des Reichschatzamtes Graf Roedern über die Kriegsanleihe:

Ob Krieg, ob Frieden, die Zeichnung der Kriegsanleihe bleibt in jedem Falle das wichtigste Gebot der Stunde.

Bekanntmachung.

Freitag, den 18. und Samstag, den 19. ds. Mts. kommt im Rathaus

Butter und Margarine

in nachstehender Reihenfolge zum Verkauf:

am Freitag

für Nr. 841—910 der Zeitkarte von 8—9 Uhr	
911—980	9—10 .
981—1036	10—11 .
1—70	11—12 .
71—140	2—3 .
141—210	3—4 .
211—280	4—5 .
281—350	5—6 .

am Samstag

für Nr. 351—420 der Zeitkarte von 8—9 Uhr	
421—490	9—10 .
491—560	10—11 .
561—630	11—12 .
631—700	2—3 .
701—770	3—4 .
771—840	4—5 .

Die Reihenfolge ist genau einzuhalten. Auf die Person entfallen:

150 Gramm Margarine zum Preise von 60 Pfg. und 55 Butter 45

und Nr. 36 der Zeitkarte. Bemerkenswert wird, daß nur diejenigen zum Bezuge berechtigt sind, deren Karten mit zwei Stempeln versehen sind. Wegen Mangel an Einwickelpapier wird ersucht, geeignetes Papier oder Zeller mitzubringen. Auch wird gebeten, der schnellen Abfertigung wegen und aus Mangel an Kleingeld die Beträge möglichst abgezählt mitzubringen.

Geisenheim, den 17. Okt. 1918.

Der Beigeordnete: Kremer.

Bekanntmachung.

Von Dienstag den 22. Oktober an kommt in den Kolonialwarenhandlungen

Kunsthonig

zum Verkauf. Auf die Person entfallen 150 Gramm zum Preise von 75 Pfg. das Pfund. Die Vorlage der Karten zwecks Abtrennung des Bezugsabschnittes Nr. 13 hat am 18. und 19. Okt. zu erfolgen. Spätere Anmeldungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Geisenheim, den 17. Oktober 1918.

Der Beigeordnete: Kremer.

Bekanntmachung.

Für die 3 fleischlosen Wochen kommt als Ersatz

1 Pfund Mehl

auf den Kopf der fleischversorgungsberechtigten Einwohner zur Ausgabe. Fleischselbstversorger haben auf diese Zuweisung keinen Anspruch.

Das Mehl kommt bei den Bäckern zum Verkauf und wird auf Nr. 17 der Brotkarte durch einen Anstrich vermerkt.

Geisenheim, den 17. Okt. 1918.

Der Magistrat: Kremer, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Bei dem Dienstag nachmittags stattfindenden Verkauf von Lebensmitteln für Kranke und Säuglinge wird als Ersatz für Eier reiner Bienenhonig verabfolgt und wird ersucht fleine Gefäße mitzubringen.

Geisenheim, den 17. Okt. 1918.

Der Magistrat: J. V. Kremer, Beigeordneter

Bekanntmachung.

Im Interesse der Streckung des Bestandes an Bekleidungsstücken für die bürgerliche Bevölkerung und heimkehrenden Feldgrauen ist es unerlässlich, daß jede in den Haushaltungen vorhandene einbehrliche Kleidungsstücke und Schuhe sowie abgelegte Sachen, auch Altmaterial evtl. gegen Bezahlung, zur Abgabe gelangt. Die Abgabe kann hier Dienstags und Donnerstags vormittags von 9—12 Uhr erfolgen.

Geisenheim, den 17. Oktober 1918.

Der Magistrat: Kremer.

Bekanntmachung.

In den hiesigen Geschäften liegen **Strümpfe** für die minderbemittelte Bevölkerung zum Verkauf.

Bezugscheine wollen hier beantragt werden.

Geisenheim, den 16. Okt. 1918.

Der Bürgermeister

J. V. Gimbel, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Betrifft: Entrichtung der Warenumsatzsteuer.

Trotz mehrfacher Aufforderung ist eine Reihe von Unternehmern mit der Anmeldung und Entrichtung der Warenumsatzsteuer für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1918 im Rückstande. Die Anmeldungen müssen bis zum 20. ds. Mts. unbedingt erfolgt sein, soweit nicht in jedem einzelnen Falle besonderer Ausnahmestellung hieraus erteilt ist. Gegen die säumigen Anmeldepflichtigen wird nach dem vorgenannten Termin mit dem im § 83c des Warenumsatzsteuergesetzes vom 26. Juni 1916 vorgesehenen Strafen vorgegangen werden.

Geisenheim, den 12. Okt. 1918.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Wird hiermit veröffentlicht:

Geisenheim, 17. Okt. 1918.

Der Magistrat: J. V. Kremer, Beigeordneter.

Wir teilen unseren Abnehmern mit, daß eine große Anzahl unserer Arbeiterschaft, hauptsächlich Betriebspersonal, Maschinisten, Heizer, Kohlen- und Schlackenfahrer, an der Grippe erkrankt sind.

Bei dem vorliegenden minderwertigen Brennmaterial und bei der vorherrschenden Krankheit, ist es daher beim besten Willen nicht möglich, die Stromlieferung voll aufrecht erhalten zu können.

Rheingau Elektrizitätswerke A.-G.
Eltville a. Rhein.

Dr. Gentner's staubfreie Ofenwische



Kosak

gibt im Augenblick auf allen Eisenteilen schönsten und haltbaren Silberglanz.

Erstklassige Qualitätsmarke.

Prompte Lieferung! Ebenso Dr. Gentner's Schutzpatent Transolin.

Hersteller, auch des beliebten Delwachs-Lederputzes Nigrin: Carl Gentner Göppingen (Wtbg.)

Statt Karten.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße zugegangenen Glückwünsche sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Jakob Scherer und Frau geb. Simon.

Hotel Germania-Geisenheim am Sonntag den 20. Oktober, abends 8 Uhr

Vortrag

des Reichstagsabgeordneten Prof. Kuckhoff-Köln

„Deutschlands Beruf!“

Eintritt frei! Kinder unter 16 Jahren haben keinen Zutritt! Eine Anzahl reservierter Plätze je 50 Pfg. ist vor dem Vortrag am Eingang zu haben.

Zu regem Besuche ladet ein:

Der Vaterländische Ausschuss des Rheingaukreises.

Bekanntmachung.

Nächsten Samstag, den 19. ds. Mts., vorm. 11 Uhr, kommen im hiesigen Rathaushofe eine Partie gebrauchte **Kisten und Kübel**, gegen gleich bare Bezahlung öffentlich meistbietend zum Verkauf.

Geisenheim, den 15. Oktober 1918.

Der Beigeordnete: Gimbel

Trauben-Versteigerung.

Samstag den 19. Okt. 1918, mittags 3 Uhr werden die Trauben aus dem hiesigen Frühmesserel-Weingut (Lagen: Schorchen, Norr, Liederstein, Kläuserweg und Platt) im Gastzimmer des lath. Vereinshauses (Germania) öffentlich meistbietend versteigert.

Geisenheim, 10. Okt. 1918

Der Kath. Kirchenvorstand.

Mobiliar-Versteigerung.

Montag den 21. Oktober, nachmittags 1 Uhr, läßt Frau Jos. Schäfer Ww. in ihrem Hause Geisenheim, Gartenstraße 4, ihre Mobilien, bestehend in verschiedenen Betten, Kleiderchränken, Waschtisch, Kommode, Tischen, Stühlen, sämtl. Küchenmöbel, Küchenschir, Einmachtopfen u. a. mehr, freiwillig gegen Baarzahlung zum Verkauf ausbieten.

Bekanntmachung.

Die in den Monaten **Oktober, November und Dezember 1901** geborenen **Landsturmpflichtigen** werden hierdurch aufgefordert sich bis zum **21. ds. Mts.**, vormittags, hier zur Stammrolle anzumelden.

Geisenheim, 16. Okt. 1918.

Der Magistrat: J. V. Gimbel, Beigeordneter.

Hotel, Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Ohfena-Fleischertraut Ersatz

eingedickte Suppenwürze
frisch eingetroffen.
Frau Rothhaupt
Marktstraße.

Alle Obstarten

kauft fortwährend
Franz Rückert.
Geisenheim, Zollstraße 9a

Lippmanns Keimtod

beste Stalldesinfektion
empfiehlt
P. Jos. Klein, Geisenheim,
Steinheimerstr. 5.

Junge Hühner

zu kaufen gesucht. Zu erfragen i. d. Geschäftsstelle.

Besuchskarten: Buchdruckerei Jander

Prima Schöfferhof
Flaschenbier
J. Bach (zur Krone.)

Bekanntmachung.

Nach Anhörung des Ortsbauausschusses bestimme ich hierdurch folgendes: Am 21. 22. und 23. Oktober findet eine weitere Vorlese, und vom Montag den 28. Oktober ab, die allgemeine Weinlese statt.

Während der Leszeit sind alle Arbeiten in den Weinbergen außer dem Traubenlesen verboten: lediglich das Heimbringen von Gemüse, Kartoffeln und anderen Bodenerzeugnissen, sowie das Zuschlagen von Jungfeldern ist gestattet, aber auch nur während der für die Leszeit bestimmten Zeit.

Der Beginn und der Schluß der täglichen Leszeit wird durch das übliche Glockenzeichen bestimmt. Das Betreten der Weinbergsgemarkung außerhalb der durch dieses Zeichen festgesetzten Zeit ist verboten. Bereits gelesener Wein kann auf schriftliche Erlaubnis des Bürgermeisters auch außer dieser Zeit, jedoch nur nach Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang nach Hause gebracht werden.

Geisenheim, den 17. Okt. 1918.

Der Bürgermeister: J. V. Kremer, Beigeordneter

Die Blätter sterben,

Laßt sie nicht verderben.

Ich kaufe jeden Posten abgefallene saubere **Kirschen-, Walnusz-, Haselnusz-, Linden-, Kastanien-, Wein-, Brennessel-, Erdbeer-, Brombeer-, Himbeerblätter u. Teekräuter** gegen gute Preise — Etr. zu M. 30.— bis M. 60.— Tannen- u. Fichtenzapfen.

August Diel, Friedberg i. Hessen
Fauerbacherstr. 3.

DRUCKSACHEN

IN EINFACHER UND FEINER
AUSFÜHRUNG LIEFERT DIE
BUCHDRUCKEREI A. JANDER

Kriegs-Trauerbildchen

Andenken an Gefallene

in verschiedenen Mustern vorrätig
und mit Eindruck sofort lieferbar.

Geschäftsstelle der „Geisenheimer Zeitung“

Winkeler Landstrasse 53b. — Telefon 123.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (18. Jahrg.)
Exp.: Winkeler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss N° 123.